

Widerstand! Gegen wen oder was?

Posted on 24. Januar 2023 by Klaus Vater



Lützerath 24. Januar 2023 (Foto: Christoph Schnuell auf wikimedia commons)

Eines der meist gebrauchten Worte rund um die Besetzung und Räumung der früher einmal bewohnten Häuser von Lützerath lautet „Widerstand“. Widerstand gegen wen oder was?

Grund und Boden sowie die Häuser des früheren Dorfes Lützerath gehören einem Unternehmen. Diese Häuser durch Betreten, Bewohnen und Verändern in Besitz zu nehmen wird als Widerstand gegen das Hausrecht des Unternehmens bezeichnet. Und zwar von den Besetzenden. In diesen Häusern entscheiden nun die neuen „Besitzer“, wer ein Haus betreten darf und wer nicht. Auch das wird als Widerstand bezeichnet. Als Widerstand gilt auch, die Umgebung dieser Häuser so zu „ertüchtigen“, dass ein Barrikaden-Zustand entsteht, der für jeden und jede eine Gefahr für Leib und Leben werden kann, der diese Barrikaden überwinden will. In Räumen, die gegen ein Hausrecht genutzt werden, wird sogenannte Pyrotechnik gestapelt und werden wurfbereite Flaschen mit entzündlichem Inhalt bereitgehalten, durch die Menschen bei Gebrauch zu Tode kommen können. Es wird Widerstand genannt.

Neutrale Polizei?

Jedenfalls ist nicht bekannt, dass die führenden Persönlichkeiten einer Aktion „Rettet Lützerath“ durchgesetzt hätten, solche de facto Waffen zu vernichten beziehungsweise nicht zu nutzen. Angelegte Fallen mit

Verletzungsgefahr, in die Polizei hineintappen könnte (soll?), zählen ebenfalls zum Widerstandsrepertoire. An einem Haus Lützeraths war die Parole angebracht worden: „Zwischen Bullenhelm und Nasenbein, passt immer noch ein Plasterstein“. Dieser Satz entstammt einem Hasslied einer brandenburgischen Band namens *Freizeitpunks*. Es ist auch nicht bekannt, dass von den führenden Persönlichkeiten der Demonstranten verlangt worden wäre, die Hasszeile abzuhängen. So wurde der Satz Teil des Widerstands Designs. Und Greta Thunberg, die zentrale Persönlichkeit der Umweltbewegung ruft angesichts dieser Verhältnisse nicht etwa zur Besonnenheit auf, sondern fordert Widerstand. Nachzulesen in der *Welt*, der *SZ* oder auch in der *FAZ*. Der Klimaaktivist David Dresen fordert am 11. Januar in einer *Phoenix* Runde, die Polizei solle gegenüber dieser Häuser- Besetzung „neutral“ sein, sie solle sich nicht zum Organ des Innenministeriums machen. Er schüttelte in der Diskussion verneinend den Kopf, als der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, auf die Verantwortung Demonstrierender hinwies, ihre Aktionen nicht auf die Spitze zu treiben und zu begreifen, dass die Polizei nicht neutral sein könne, sondern ein „klares Mandat“ habe.



Lützerath (Foto: Maximilian Schönherr auf wikimedia commons)

Das Wort Widerstand wurde erwartungsgemäß breit aufgegriffen. Beispiele: „Widerstand um jeden Preis?“ (*Monitor*); „Aktivisten leisten Widerstand“ (*Die Tagesschau*); „Letzter Widerstand in Lützerath“ (*ORF*); „Widerstand in Lützerath ist Pflicht“ (*Der Freitag*).

Unterfüttert wurden Widerstands- Berichte durch prominente Stimmen: In der Sendung von Anne Will am 15. Januar 2023 sagt die Fridays for Future-Sprecherin in der Bundesrepublik, Luisa Neubauer, im Jahre 2023 stelle sich die Bundesregierung, die „Hauptverursacherin für die Klimakrise schützend vor die fossile Zerstörung“. Danach bezweifelt sie, dass der Konzern, obgleich mit einer höchstrichterlichen Entscheidung auf seiner Seite, überhaupt ein Abbaurecht habe. Das habe ihr eine Rechtsanwältin gesagt.

In den Widerstand gehen?

Diese Argumentation stützt sich auf eine Auslegung, die [Stephan Hebel im Freitag](#) präzise erläutert hat: „Formaljuristisch gibt es ... das Recht auf Widerstand in Lützerath - momentan nicht. Auch das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das künftigen Generationen das Recht auf Klimaschutz ausdrücklich zuspricht, dürfte nach Meinung von Expertinnen und Experten keine juristische Grundlage abgeben für das Verhindern konkreter Aktionen wie der Zerstörung des nordrhein-westfälischen Dorfes. Aber die Klimabewegung hebt die Debatte mit Recht auf eine andere Ebene...“.

Elektrisierend war noch etwas anderes: WDR 5 am 10. Januar um 12 Uhr 10. Der Titel des *Tagesgesprächs* lautet: „Räumung Lützerath - Symbol wichtiger als Rechtslage?“ Eine durchaus Protestform- kritische Frau namens Barbara Dembowski sagt, sie sei grundsätzlich gegen Gewaltanwendung und vor allem gegen Feindbilder, nicht zuletzt gegen die, die auf Polizisten gemünzt seien. Steinewerfer schaden der Sache des Klimaschutzes. Anschließend folgte ein auf andere, protestierende Frauen gemünzter Satz: „Die gingen in den Widerstand.“ Im Gespräch mit dem WDR fiel das Wort Widerstand so, als sei Widerstand in Teilen der Protestbewegung geläufig, als sei es gewohnter Sprachgebrauch.



Lützerath, Polizeieinsatz (Foto: Lützi Lebt auf wikimedia commons)

Was meint das: In den Widerstand gehen? „In den Widerstand gehen“ kommt mir in den Sinn in Verbindung mit der Résistance, also der Widerstandsbewegung gegen die Nazi Herrschaft in Frankreich; beispielsweise auch im Gedenken an den ermordeten Attentäter Georg Elser oder an Karl Heinrich, den von Nazis wie Kommunisten so genannten „Knüppel-Heinrich“. Das war der Polizeimajor, der den Reichstag bis 1933 zu schützen hatte, der in Spandau ein Widerstandsnetz gegen die Nazis aufzog, der in Zuchthaus und KZ kam, und den die sowjetische Militäradministration 1946 umbrachte. „In den Widerstand gehen“ ist verbunden mit Unfreiheit im unterdrückenden Staat; mit Polizeistaat, der Bürgerrechte abbaut und abschafft und faire Verfahren unmöglich macht. Ist das denn bei uns so?

Das Wort „Widerstand“ hat in der Bundesrepublik eine lange Geschichte. Abonniert auf dieses Wort waren bis weit in die 70er Jahre die Rechtsradikalen. Als Antwort auf ein dauerhaftes Ausbleiben des Erfolgs in den Parlamenten wurde 1970 eine hässliche „Aktion Widerstand“ aufgezogen, die sich vor allem gegen die Ost-, Friedens- und damit gegen eine Anerkennungspolitik wandte. Aber nicht nur. Die Aktion Widerstand wirkte noch lange nach. So lief beispielsweise die mittlerweile verstorbene Kölner Rechtsradikale Erwine Lehming noch 2004 mit einem umgehängten [Plakat](#) herum, auf dem stand: „Wir informieren“ - „keine Steuergelder für die Synagoge“.

Später übernahmen gegen Kernkraftwerke und gegen Rüstungsbeschlüsse Demonstrierende das Wort Widerstand in ihren Wortgebrauch. Anzunehmen ist, dass sie die Bedeutung des Wortes für die rechtsradikale Seite des Landes nicht kannten. Aber wirklich geklärt wurde nie, wo die Demonstration endet und der selbstbestimmte Widerstand beginnt.

Weder Fakten noch Norm

Was heißt das? Was bedeutet Neutralität der Polizei? Sollen Polizisten eine Art Schiedsrichter zwischen Fordernden und Ablehnenden sein? Gelten Gerichtsurteile nur bedingt, sind sie von Ausmaß einer Demonstration oder einer gehörten Meinung abhängig? Wird künftig die bodenlose, alte Diffamierung durch Stalinisten und Nazis gleichermaßen „wer hat uns verraten, Sozialdemokraten“ auf Grüne angewendet? Wer heute zum Widerstand aufruft, in den Widerstand gehen will und Widerstand in sein Protestverhalten integriert, der kann weder Fakten noch Norm für sich reklamieren. Ein wie auch immer gesehenes Recht auf Widerstand kann er nicht für sich beanspruchen. Für den Fall der Fälle hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes bis heute geltend festgelegt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ So steht es in Artikel 20 des Grundgesetzes - mit Ordnung ist nach übereinstimmender Auffassung der Verfassungsjuristen die

demokratische Ordnung im Land gemeint. Das Wort Widerstand kommt in den 146 Artikeln des Grundgesetzes nur ein Mal vor - und zwar im erwähnten Artikel 20.

Es ist nichts geschehen oder getan worden, was den Artikel 20, Satz vier hätte aktivieren können.

- [E-Mail](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren